

Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

Kenner der europäischen Integration behaupten seit langem, daß die europäische Dimension auf den politischen Prozeß innerhalb der EG-Mitgliedstaaten mittlerweile großen Einfluß ausübt. Doch selbst die überzeugtesten Verfechter dieser These konnten zu Recht erstaunt sein, daß dieser Einfluß inzwischen von so großer Bedeutung ist, daß er sogar zum Fall der Margaret Thatcher führte, die zu den mächtigsten und erfolgreichsten europäischen Politikern der letzten Jahrzehnte zählt. Ihr Rücktritt im November 1990 erfolgte nach der dramatischen Auseinandersetzung mit einem ihrer langjährigsten Kollegen im Kabinett, Sir Geoffrey Howe, über ihre Haltung zur europäischen Integration. Begonnen hatte das Jahr mit einem eher unangenehmen Austausch zwischen Frau Thatcher und Abgeordneten der Konservativen Partei im Europäischen Parlament, bei dem die Premierministerin unvermindert Kritik an der EG äußerte. Es endete mit John Major, dem neuen Premierminister, der lächelnd von einer Tagung des Europäischen Rates zurückkehrte und von offener und konstruktiver Zusammenarbeit sprach.

Der Konflikt hatte während der ganzen Amtszeit von Frau Thatcher in der Downing Street Nr. 10 gebrodelt. Im Kern der Europa-Debatte war ihre Haltung gegenüber den britischen EG-Partnern häufig noch härter als die ihrer ältesten Kollegen in der Konservativen Partei und Regierung. Wiederholt konnte sie sich damit durchsetzen. Ihre politischen Ziele wurden auch oft geteilt, vor allem in der alten Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt und in der Debatte über die soziale Dimension des Binnenmarktes. Die Kritiker waren allerdings sehr unglücklich mit ihrem scharfen Ton. Ihre Fähigkeit, ihre Ansichten sowohl in der EG als auch in Großbritannien durchzusetzen, hatte die kritischen Stimmen jedoch lange gedämpft und ihr die Bewunderung bedeutender Teile der öffentlichen Meinung in Großbritannien eingebracht.

Die Kombination der aufgestauten Frustrationen mit bestimmten Ereignissen in Europa – der deutschen Einigung und der Einberufung der beiden Regierungskonferenzen – veränderte jedoch im Laufe des Jahres 1990 die Konstellation des politischen Drucks und brachte den brodelnden Konflikt zum Überkochen. Innenpolitische Entwicklungen trugen ebenfalls zum Stimmungsumschwung bei. Margaret Thatcher fand sich umgeben sowohl von langjährigen Kollegen, die von ihrer Taktik des privaten Überredens genug hatten, als auch von jüngeren Kollegen, deren Aufmerksamkeit auf die Nachfolge und ihre eigenen Überlebenschancen bei der nächsten Wahl gerichtet war. Die Oppositionsparteien äußerten lautstark Kritik an Frau Thatchers Haltung zu EG-Fragen und standen damit im Einklang mit der breiten Öffentlichkeit, wie Meinungsumfragen zeigten. Frau

Thatchers glühende Anhänger – ihre 'Freunde' im Parlament und jene Konservative, die dem Gemisch aus ökonomischem Radikalismus und politischem Nationalismus à la Thatcher völlig verbunden blieben – konzentrieren sich nunmehr in der Brügge-Gruppe.

Von Bedeutung war auch, daß sich die europäische Tagesordnung im Laufe des Jahres 1990 stark änderte: von der Binnenmarkt-Vollendung zur Neudefinition langfristiger Ziele und Methoden der Integration, vor allem der Wirtschafts- und Währungsintegration sowie der Politischen Union. Die Einbettung dieser zentralen Diskussion in den Kontext des grundlegenden europäischen Wandels und der Neudefinition der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft ließ erkennen, daß Großbritannien vor eine entscheidende Wahl gestellt würde: sich entweder in der nächsten Phase der europäischen Einigung voll zu engagieren, oder als Unbeteiligter ohne nennenswerten Einfluß links liegengelassen zu werden wie 1950 und 1957. Das Jahr 1990 schien damit einen jener schwierigen Scheidepunkte zu markieren, an denen Grundsatzentscheidungen über Zugehörigkeit und Orientierung anstehen. Es zeigte sich, daß diese Entscheidungen nicht den Vorlieben eines einzigen führenden Politikers überlassen bleiben konnten.

Von der Marktintegration zur Währungsintegration

Die Marktintegration war für die britische Regierung das einfachste und attraktivste Thema auf der EG-Tagesordnung. Bis 1990 hatte das Binnenmarkt-Ziel erhebliche Schwungkraft erreicht und wurde nach wie vor von Großbritannien aktiv unterstützt. Bei den meisten Binnenmarkt-Themen unterstützte die britische Regierung nachhaltig die Kommission und setzte sich für marktwirtschaftliche und wettbewerbsfördernde Lösungen ein. In Einzelfällen wurden spezielle britische Anregungen eingebracht, wie zum Beispiel zu einigen Details der geänderten Fusionsrichtlinie, aber im großen und ganzen wichen die britischen Ansichten nur unwesentlich von den sich abzeichnenden Verhandlungsergebnissen ab. In zwei Fällen unterschied sich die britische Haltung jedoch deutlich von der Mehrheit: Die sehr liberale britische Regelung zu Unternehmensübernahmen stand im Gegensatz zu der auf dem europäischen Festland vorherrschenden Präferenz für ein Verbot sogenannter feindlicher Übernahmen; die Briten – sowohl Unternehmer als auch Politiker – zeigten sich außerdem japanischen Investitionen gegenüber sehr viel offener als ihre EG-Partner.

Eine wichtige Grundposition der britischen Politik ist das Bestehen auf einer möglichst offenen Haltung gegenüber Drittstaaten. Verglichen mit praktisch allen anderen EG-Regierungen steht die britische Regierung an der Spitze der Befürworter des Freihandels. Sie unterstützt daher die Kommission in ihrem Bemühen, den ständigen Protektionswünschen anderer EG-Länder zu widerstehen. Wo Binnenmarkt-Regelungen eine Diskriminierung von Drittstaaten zu implizieren drohten, warnten die Briten. Wo Änderungen von Handelsvereinbarungen diskutiert wurden, etwa in der Uruguay-Runde und bei Verhandlungen über den Zugang japanischer Autos zum EG-Markt, plädierten die Briten für weitmöglich-

ste Einbeziehung statt Ausschluß. London bemühte sich auch, die Verhandlungen mit den EFTA-Ländern über den Europäischen Wirtschaftsraum voranzubringen – nicht wegen sentimentaler Vorliebe für die alte Freihandelszone, sondern in Anbetracht des Ausmaßes der gegenseitigen Handelsverflechtung. Am bedeutendsten ist in diesem Zusammenhang vielleicht, daß es die britische Regierung war, die den ersten Entwurf für die späteren Europa-Abkommen vorlegte, die den mittel- und osteuropäischen Staaten angeboten wurden. Die britische Vorlage räumte ihnen sehr viel mehr Zugang zu den Gemeinschaftsmärkten ein, als die EG als Ganzes es schließlich in ihrem Verhandlungsmandat Ende 1990 tat.

Bei diesen Themen hatte die britische Regierung eine klarere Sicht von der Bedeutung der Gemeinschaftsregeln und -praxis für den internationalen Handel als Ganzes als viele andere EG-Regierungen. Aus diesem Grund waren die Briten besonders enttäuscht über das Scheitern der GATT-Konferenz in Brüssel im Dezember 1990. Die Politik der konservativen Regierung wurde zunehmend auch von der Labour Party unterstützt, die sich mit den Folgen der Umstrukturierung der internationalen Wirtschaft abzufinden begann.

Was die Position der britischen Regierung, vor allem von Frau Thatcher und ihren engsten Verbündeten, von der anderer EG-Regierungen, der Kommission und des Europäischen Parlaments unterschied, war die Überzeugung, daß die Vollendung des Binnenmarktes das A und O der wirtschaftlichen Integration sei. Im Laufe von 1990 gewann jedoch die Debatte über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) an Schwung – und traf die Briten mit einem doppelten Handikap. Erstens war das Britische Pfund noch immer nicht Mitglied im Wechselkursmechanismus des EWS, zweitens schien die britische Regierung als einzige den Plan zur Schaffung und Gestaltung der WWU abzulehnen. Dieses Thema trieb einen Keil in die Einheit der konservativen Regierung, der auch schon in dem kaum verborgenen Druck auf Frau Thatcher, das Kommuniqué des Europäischen Rates in Madrid 1989 zu akzeptieren, offensichtlich war. Zwei Debatten wurden nun miteinander verknüpft: die eine über die Frage, wann die Zeit reif sei für den Beitritt des Britischen Pfunds zum Wechselkursmechanismus des EWS, die andere über die Haltung zur bevorstehenden Regierungskonferenz zur WWU. Zur EWS-Frage gab es kaum Diskussionen; umstritten war nur der Zeitpunkt und der Anteil des Britischen Pfunds bei einem Beitritt. Dies war mit der Entscheidung am 6. Oktober 1990 geklärt, das Pfund mit einem hohen Kurs, aber einer Bandbreite von 6% einzubringen. Mit diesem Zugeständnis an die Europäer, nahm Frau Thatcher an, würde sich der Streit über die WWU entschärfen – eine Fehleinschätzung, die sie das Amt kosten sollte.

Das ganze Jahr lang arbeiteten das Finanzministerium, die Bank of England, das Außen- und Commonwealth-Ministerium, in Konsultation mit den Finanzinstitutionen, um eine glaubwürdige Position für die Regierungskonferenz vorzubereiten, die Großbritannien eine aktive Beteiligung an der Diskussion ermöglichen würde. Im Sommer legte das Finanzministerium einen Vorschlag zur Einführung einer 'harten ECU' vor. Es zeigte sich, daß dies nicht nur ein taktischer Zug war, sondern eine Politik, um die britische Debatte selbst voranzubringen.

Doch weil Frau Thatcher ihre Positionen nicht veränderte bzw. bei dem Europäischen Rat im Oktober 1990 in Rom sogar Rückschritte machte, trat Sir Geoffrey Howe am 1. November 1990 zurück. Jedenfalls gab es nun einen britischen Gegenvorschlag zum Delors-Bericht, der – so die Überzeugung von John Major und anderen in Großbritannien – auch anderswo in der EG auf Verständnis stieß, nicht zuletzt bei denen, die die Einführung einer Einheitswährung vor der Erreichung wirtschaftlicher Konvergenz als verfrüht ansahen.

Streitpunkt soziale Dimension

Die konservative Regierung widersetzte sich weiterhin dem Gedanken, daß die soziale Dimension zur Flankierung des Binnenmarktes notwendig sei. Auf Richtlinienvorschläge der Kommission reagierte London mit Ablehnung und Kritik, und obwohl der Ton gegen Ende des Jahres etwas milder wurde, änderte sich die britische Politik in der Substanz nicht. Ein Unterton in der Debatte war die Beharrlichkeit der konservativen EP-Mitglieder bei ihrem Versuch, darauf hinzuweisen, daß die harte Haltung zu Schwierigkeiten mit den Christdemokraten des europäischen Festlands führe. Die Position der britischen Regierung behinderte die Bemühungen, zu diesen Parteien engere Bindungen herzustellen. Unterdessen hielt die Labour Party an der sozialen Dimension als unabdingbarem Bereich europäischer Politik und Gesetzgebung fest, der weiterentwickelt werden müsse.

Partner oder Rivalen?

Politische Hauptfrage für die EG Anfang 1990 war, welche Haltung sie zu der sich abzeichnenden deutschen Einheit einnehmen sollte. Die Frage überrumpelte die Briten, vor allem auf Gemeinschaftsebene. Großbritannien hatte zwar eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau und der Rehabilitierung der späteren Bundesrepublik gespielt, jedoch außerhalb des EG-Rahmens: zunächst als Besatzungsmacht und dann im Rahmen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinstitutionen. Für die Briten war es daher weniger einsichtig als für die Franzosen, daß die EG im Zentrum der Anpassung Europas an das größere Deutschland stehen würde. Die Briten waren vielmehr mit den 2 + 4-Verhandlungen beschäftigt, durch die der Einigungsprozeß international eingerahmt wurde. Die deutsche Einigung berührte zudem empfindliche Nerven in der älteren Riege der konservativen Regierung, vor allem bei Frau Thatcher. Sie und diejenigen ihrer Kollegen, deren Ansichten zu Deutschland sich seit dem Zweiten Weltkrieg kaum geändert hatten, beschworen das Gespenst einer gefährlich gestärkten und potentiell anmaßenden Macht im Zentrum des Kontinents. Bei dem 'Seminar', das Frau Thatcher im März in Chequers zusammenrief¹, sowie in dem Ausbruch von Sir Nicholas Ridley² schien die zentrale Frage zu sein, ob die Geschichte sich nicht zwangsläufig wiederhole. Anspielungen auf das Dritte Reich tauchten in der britischen Diskussion expliziter auf als in anderen europäischen Ländern. Die anti-deutschen Ressentiments so nah am Zentrum der britischen Regierung

markierten eine kritische Schwelle in der Europapolitik Großbritanniens. Auf Nicholas Ridley wurde unmittelbarer Druck ausgeübt, als Handels- und Industrieminister zurückzutreten. Dies tat er auch, obwohl Frau Thatchers Brief, in dem sie den Rücktritt zur Kenntnis nahm, mehr von Bedauern als von Tadel geprägt war. Der Vorfall trug dazu bei, die Position anderer Minister zu stärken, vor allem von Douglas Hurd, John Major und Kenneth Baker, dem Partei-Vorsitzenden. Sie begannen, den Schaden in den deutsch-britischen Beziehungen wieder gutzumachen. In den folgenden Wochen, als das Tempo der deutschen Einigung rasant zunahm, brachten die Briten die 2+4-Verhandlungen voran, obwohl Frau Thatcher bis zum Schluß die Bereitschaft anderer Vertragspartner kritisierte, einem Verbot von NATO-Manövern in der ehemaligen DDR zuzustimmen. Innerhalb der EG konzentrierten sich die Briten auf die praktischen Fragen, die sich mit der Erweiterung um die fünf neuen deutschen Länder ergaben.

Drei Punkte dieser unruhigen und schwierigen Zeit sind festzuhalten: 1. Die Briten waren schließlich so mit ihrem eigenen Streit über die deutsche Einigung beschäftigt, daß sie de facto auf die internationale und europäische Diskussion, außer auf der atmosphärischen Ebene, nur begrenzten Einfluß hatten. Im Gegensatz zu den Franzosen, die den Deutschen politische Zusagen entlockten, verursachten die Briten lediglich Irritationen. 2. Die Erschütterungen durch die interne Debatte in Großbritannien waren erheblich. Frau Thatchers Urteil wurde in Frage gestellt; mit dem Abgang von Ridley verlor sie ihren in bezug auf die Europapolitik loyalsten Anhänger im Kabinett. 3. In der Debatte über Deutschland zeigte sich, daß Frau Thatcher und die Angehörigen ihrer Alterskohorte eher isoliert und untypisch im breiten Spektrum der politischen Meinung in Großbritannien sind. Die Mehrheit der Öffentlichkeit reagierte wesentlich gelassener und war eher bereit, die Deutschen als Partner und nicht als Rivalen zu sehen. Bezeichnend dafür war, daß sich am Ende des Jahres der neue britische Premierminister um eine herzliche Beziehung zum deutschen Bundeskanzler bemühte.

Konsolidierung der Integration oder Verfassungsgebung?

Die britische Regierung hatte gegen die Einberufung beider Regierungskonferenzen gestimmt und präsentierte keine eigene Wunschliste für die Verfassungsreform der EG. Die Idee der Vertiefung fand wenig Resonanz im Vereinigten Königreich. Die Briten waren daher von Anfang an in einer reaktiven Position. Sie versuchten, die Ambitionen einiger EG-Partner zu begrenzen, und warteten auf den Moment, an dem die Maximalisten deutlich von den Befürwortern einer allmählichen Reform zu unterscheiden wären. Sie konzentrierten sich unterdessen auf bescheidene Reformvorschläge. Die Betonung kleinerer Reformschritte deutete auf die Grenzen dessen hin, was Frau Thatcher möglicherweise akzeptieren würde und was ihre Anhänger in der Brügge-Gruppe vertraten. Doch die Weigerung, eine Verfassungsreform zur Stärkung der EG in Erwägung zu ziehen, entsprang auch der viel weiter verbreiteten britischen Abneigung gegen Veränderungen des institutionellen Systems sowie der Kompetenzen der EG.

Als jedoch klar wurde, daß die Regierungskonferenzen anlaufen würden, begannen die Briten, eine Liste von Reformen zweier Arten aufzustellen: Ein Teil ihrer Vorschläge zielte darauf, das Konzept der Subsidiarität weiterzuentwickeln, um der Ausdehnung der Kompetenzen der EG stärkere Schranken entgegenzusetzen und um die Ausübung der bestehenden Kompetenzen – entsprechend des britischen Prinzips der weitestmöglichen Einschränkung der Rolle des Staats – einzugrenzen. Zweitens schlugen sie mehrere Wege vor, um Effizienz und Effektivität der EG-Politik zu stärken. So regten sie etwa an, dem Gerichtshof der EG härtere Sanktionsmittel gegen vertragsbrüchige Mitgliedstaaten zu geben. In Großbritannien gab es zudem eine lebhaft debattierte Debatte darüber, wie die nationalen Parlamente stärker in die EG-Gesetzgebung einbezogen werden könnten.

Die Briten konzentrierten sich in der Regierungskonferenz auf viel engere Fragestellungen als andere Mitgliedstaaten. Sie waren bezeichnenderweise nahezu die einzigen, die keine öffentliche Liste mit Anliegen vorlegten. Diese Zurückhaltung ließ die Briten sehr isoliert dastehen; sie blieben von den diversen Koalitionen der anderen Regierungen ausgeschlossen. Auch bemühten sie sich kaum um einen Gedankenaustausch mit den französischen Verhandlungsführern, obwohl Paris deutlich signalisierte, daß es die Weiterentwicklung des intergouvernementalen – Fouchet-gemäßen – Ansatzes der europäischen Integration befürwortet. In dieser Hinsicht führte auch der Wechsel an der Regierungsspitze zu keiner erkennbaren Änderung der britischen Politik.

Die Reform der europäischen Sicherheitspolitik

In deutlichem Gegensatz dazu beteiligten sich die Briten sehr aktiv an der Debatte über die zukünftige Struktur der europäischen Sicherheit, was nicht überrascht angesichts des großen britischen Gewichts im Bereich der Sicherheit und des Erbes aus der Thatcher-Ära, das Ziel einer starken Verteidigung mit Nachdruck anzustreben. Es ist nicht leicht, die Tiefe und Komplexität des britischen Denkens zu verstehen und den britischen Tenor von der oft eher oberflächlichen Rhetorik einiger anderer EG-Regierungen zu unterscheiden. Seit einigen Jahren haben die mit der Sicherheitspolitik befaßten britischen Politiker die Notwendigkeit erkannt, von dem primären Vertrauen auf die Unterstützung der europäischen Sicherheit durch die USA zu einem größeren Vertrauen auf eigene europäische Kapazitäten zu gelangen. Ihr Anliegen war, die Amerikaner bei diesem Wandel nicht zu verärgern und Institutionen zu nutzen, die zu klaren Entscheidungen fähig sind.

Aus britischer Sicht waren dabei sowohl die NATO als auch bestimmte europäische Institutionen einzubeziehen. Außerdem mußte ein Rahmen dafür geschaffen werden, daß diejenigen, die zu einem Engagement bereit waren, nicht durch die Zögernden behindert würden. Die britische Politik war daher bemüht, die NATO zu europäisieren, ohne jedoch die USA zu entfremden; Ziel war, eine deutliche, wenn auch reduzierte amerikanische militärische Präsenz in Europa zu bewahren. Daneben befürworteten die Briten aktiv den Ausbau der WEU als Forum derjenigen Europäer, die zu einer europäischen kollektiven Verteidigung

bereit sind. Dabei nahmen die Briten keine dogmatische Haltung zur WEU ein, sondern versuchten vielmehr, der WEU die Gelegenheit zu geben, ihren Wert zu beweisen. Aus diesem Grund unterstützten sie lange die Verlagerung der WEU-Headquarters von London und Paris nach Brüssel, um ihr die Entwicklung einer Komplementarität sowohl zur NATO als auch zur EG zu ermöglichen. Auf EG-Ebene blieb die britische Politik so, wie sie zu Zeiten des Londoner Berichts und der Einheitlichen Europäischen Akte war: EG und EPZ sollten nach britischer Ansicht ihren Spielraum nutzen, um zur Stärkung der Kohärenz und zu Konsultationen in der Außen- und Sicherheitspolitik beizutragen. London vertrat jedoch die Auffassung, daß es verfrüht sei, EG und EPZ eine Rolle in der Verteidigungspolitik zuzugestehen – zu einer Zeit, da es immer noch nicht klar ist, welches Gewicht der EG in Fragen der 'hard security' zukommen kann oder soll.

Diese Grundsatzhaltung war bereits klar, als Saddam Husseins Truppen in Kuwait einmarschierten. Sie wurde durch die britische Interpretation der europäischen Antworten auf die Krise bestätigt. Hier müssen wieder sorgfältig die Hintergründe der stark emotionsgeladenen und sehr persönlichen Antwort von Frau Thatcher auf die Invasion gesehen werden, die mit ihrem Besuch in den USA zusammenfiel. Sie war an der Seite von George Bush, als er die sofortige und kraftvolle Verpflichtung zum Einsatz militärischer Macht forderte, falls Sanktionen und andere Druckmittel nicht greifen sollten. Margaret Thatcher war der Ansicht, daß es der internationalen Gemeinschaft nur unter amerikanischer Führung möglich sei, entschieden zu handeln – daher die umgehende Zusicherung der britischen militärischen Unterstützung. Die Details dessen, was folgte, können hier nicht aufgerollt werden; es muß genügen, zwei zentrale Punkte zu betonen: 1. Die Art, in der die internationale Allianz durch die UN-Politik entstand, bestätigte den Briten ihre zentrale Bedeutung als Ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates. 2. Die britische Regierung, nicht nur Frau Thatcher, war tief enttäuscht über das Zögern einiger EG-Regierungen, der Allianz beizutreten. In Großbritannien waren die Belgier und die Deutschen Ziel beißender Kritik. Die Briten folgerten, daß nicht das Fehlen europäischer Strukturen das Problem sei, sondern eher die offensichtliche Weigerung, Worten Taten folgen zu lassen.

Gegen Ende des Jahres, als die militärische Aktion im Golf nahe bevorstand, war die britische Regierung – die sich in dieser Frage der breiten Unterstützung der Öffentlichkeit und des Parlaments gewiß war – daher äußerst skeptisch in der Frage, ob der EG eine neue Rolle im Verteidigungsbereich übertragen werden solle. Sie war dagegen bereit, der WEU die Möglichkeit zu geben, ihr Potential zu demonstrieren, indem sie einen Teil der Operation gegen die irakische Besatzung Kuwaits koordinierte.

Neue Gesichter – neue Politik?

Anfang November 1990 wurde Margaret Thatcher wegen des offenen Streits in der Konservativen Partei zur Europapolitik in ihrem Amt in Frage gestellt. Dies ließ zugleich brodelnde Konflikte innerhalb der Partei zu innenpolitischen The-

men offen ausbrechen. Michael Heseltine, der als Minister zur Zeit der Westlands-Affäre zurückgetreten war, meldete als erster seine Kandidatur für die Parteiführung an. In der Aufregung nach Frau Thatchers Rücktritt erschienen zwei weitere Kandidaten: Douglas Hurd, der einen soliden Ruf als Befürworter praktischer europäischer Kooperation und als höchst erfahrener Diplomat genießt, sowie John Major, dessen europapolitische Ansichten nur insoweit bekannt sind, als er den Beitritt des Britischen Pfunds zum EWS akzeptierte und den Vorschlag einer harten ECU billigte. Keiner der Kandidaten ließ erkennen, wie sich die von ihm verfolgte Europapolitik von der bisherigen unterscheiden würde.

Die Aufstellung des Kabinetts durch John Major wurde schließlich von dem Bemühen geleitet, die Einheit der Partei wiederherzustellen und behutsam den Generationswechsel zu fördern. Der neue Premierminister signalisierte auch, daß er auf einer sehr viel kollegialeren Basis vorgehen werde als seine Vorgängerin. Die Ansichten des neuen Regierungschefs zu europäischen Fragen blieben jedoch eine unbekannte Größe. Es wurde nicht sofort klar, wo die Triebkraft der Europapolitik liegen würde. Der Stil des neuen Premierministers war allerdings von Anfang an sowohl zuhause als auch im Ausland freundlich und sympathisch. Es bleibt eine Reihe offener Fragen, nicht zuletzt, welche Gruppierungen in der Partei unter der neuen Führung Gewicht haben werden und ob Frau Thatcher eine aktive Rolle in der Europadebatte spielen wird.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Anita Wolf, Forschungsgruppe Europa, Universität Mainz.

1 Über das Seminar wurde infolge eines der Presse zugespielten Dokuments im Sunday

Independent v. 15. 7. 1990 berichtet.

2 Ridley, Nicholas: Saying the unsayable about the Germans, Interview in: The Spectator v. 14. 7. 1990.

Weiterführende Literatur

Butler, Michael/Richards, Paul: The Next Stage in an Evolutionary Approach to Economic and Monetary Union, British Invisible Exports Council, London 1990.

Civil Service Commission: The European Fast-Stream, HMSO, London 1990.

Developments in the European Community: July to Dec. 1990, White Paper, CMND. 1457, HMSO, London, Febr. 1991.

Franklin, Michael: Britain's Future in Europe, RIIA, London 1990.

House of Commons, Foreign Affairs Committee: The Operation of the Single Euro-

pean Act, HMSO, London, März 1990.

House of Lords, Select Committee on the European Communities: Economic and Monetary Union and Political Union, HMSO, London, Okt. 1990.

Howe, Geoffrey: Sovereignty and interdependence: Britain's Place in the World, in: International Affairs 4 (1990), S. 675-696.

The Labour Party: Looking to the future, Policy Document, London 1990.

De la Serre, Françoise/Leruez, Jacques/Wallace, Helen: French and British Foreign Policies in Transition, Berg 1990.